

*Helmut Norpoth und Thomas Gschwend*

## Politbarometer und Wahlprognosen: Die Kanzlerfrage\*

Wen hätten Sie lieber als Bundeskanzler,  
Gerhard Schröder oder Edmund Stoiber?  
(Frage im Politbarometer 2002)

Prognosen zu machen, so der weise Spruch, ist äußerst schwierig, besonders für die Zukunft. Seit Jahren macht sich die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) verdient in diesem schwierigen Geschäft. Bei der Bundestagswahl 2002 traf sie mit ihrer Hochrechnung am Wahlabend ins Schwarze: Gleichstand der beiden großen Parteien sowie Vorsprung der Grünen vor der FDP und das Scheitern der PDS an der 5%-Hürde. So sahen es die Zuschauer um 18 Uhr im ZDF. Mehr noch, mit dieser Prognose schlug die FGW ihre Kon-

---

\* Die in diesem Beitrag enthaltene Prognose zur Bundestagswahl 2002 ist bei zahlreichen Anlässen vorgestellt worden, u.a. bei der Jahrestagung der American Political Science Association in Boston, 29. August-1. September 2002, beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln, 2. August 2002, dem BMV-Gymnasium in Essen, 16. September 2002, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Gärtringen, 12. Oktober 2002, der Tagung über Wahlen an der Columbia University in New York, 18.-19. Oktober 2002, dem Center for the Study of Democracy an der University of California in Irvine, 10.-11. Januar 2003, sowie bei einer Vielzahl von Interviews im Radio und Fernsehen und Veröffentlichungen in der Presse. Dafür danken wir insbesondere Gode Japs und Nikolas Westerhoff (Deutschlandfunk), Thomas Josef Dauser (ARD), Christian Herbst und Christian Schütte (Financial Times Deutschland), Alva Gehrmann (SPIEGEL online), Tobias Hürter (Süddeutsche Zeitung), Andreas Hacker (Südwest Presse), Guido Behsen (Hamburger Morgenpost), Anja Schmiedeke (Neue Presse Hannover), Stephan Töngi (Mannheimer Morgen) sowie Ruppert Mayr und Jochen Neumeyer (dpa). Für tatkräftige Unterstützung sind wir der Pressestelle der Universität Mannheim, insbesondere Achim Fischer, zu großem Dank verpflichtet. Für Anregungen, aber auch Kritik danken wir Franz Bauske, Clay Clemens, David Conradt, Russ Dalton, Dieter Dettke, Bob Erikson, Andrew Gelman, Wolfgang Gibowski, Markus Klein, Manfred Küchler, Peter Kotzian, Michael Lewis-Beck, Albert-Leo Norpoth, Franz Urban Pappi, Doug Rivers, Robert Rohrschneider, Dieter Roth, Erwin Rose, Barbara Schaan, Bodo Schaff, Erwin Scheuch, Dirk Vogel, Helga Welsh, Bernhard Wessels, Andreas Wüst und Bundeskanzler Gerhard Schröder höchstpersönlich. Es sollte selbstverständlich sein, dass jedwede Ähnlichkeit von Prognosen und Autorenpräferenzen völlig zufällig ist.

kurrenz in der ARD. Dort lag in der 18 Uhr-Prognose die CDU/CSU deutlich vor der SPD, was den Mut bei den Regierungsparteien am frühen Wahlabend sinken ließ, während Stoiber sich schon als neuer Kanzler wähnte. Auch in den Umfragen vor der Wahl bewies die Forschungsgruppe Wahlen große seherische Fähigkeiten. Ihre letzte Projektion vor dem Wahltag 2002 ließ auf einen knappen Sieg der Regierungsparteien über die schwarz-gelbe Opposition schließen. Diese von der Sonntagsfrage abgeleitete Prognose des Wahlverhaltens wich nur 1.0 Prozentpunkt im Schnitt von den tatsächlichen Stimmenanteilen der fünf Parteien ab. Und dies mit einer Umfrage, die zehn Tage vor dem Wahltag beendet war. Das sind Erfolge im schwierigen Geschäft der Wahlprognose, die Beifall verdienen.

Zudem ermittelt die Forschungsgruppe Wahlen mit ihrem Politbarometer seit 1977 Indikatoren der Wahlentscheidung, die ein hohes Prognosepotential besitzen. Das von uns entwickelte Modell des Wählerverhaltens hat daraus zum ersten Mal, so weit wir wissen, Nutzen für die Vorhersage von Bundestagswahlergebnissen gezogen (Gschwend/Norpoth 2000, 2001, Norpoth/Gschwend 2003). Unser zentraler Prognosefaktor, was kurzfristige Einflüsse auf die Wahlentscheidung anbelangt, beruht auf der Politbarometer-Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler. Also, Schröder oder Stoiber bei der Wahl 2002, und entsprechend bei bisherigen Bundestagswahlen. Das Prognosemodell, das neben der Kanzlerfrage auch noch längerfristige Faktoren berücksichtigt, sah drei Monate vor dem Wahltag 2002 den Sieg der Regierungsparteien voraus. SPD und die Grünen, so die von dpa am 23. Juni verbreitete und am 24. August von uns bestätigte Prognose, würden zusammen 47,1 Prozent der Stimmen erhalten (Neumeyer 2002). Dies würde zum Sieg über die Opposition von CDU/CSU und FDP reichen, solange alle sonstigen Parteien, einschließlich der PDS, zusammen mindestens sechs Prozent erhielten. Und so kam es auch.

Diese Art der Wahlprognostik ist ein Novum in der Bundesrepublik. Und wie viele Neuigkeiten bestach sie nicht alle Beobachter als sinnvoll und nachahmenswert. Sah das nicht fatal nach Alchemie aus? Mehr Astrologie als Astronomie? Dass die Prognose drei Monate vor der Wahl auf den Sieg der Regierungsparteien tippte, war vielleicht mehr Glück als Verstand. Ohne Zweifel, das Ergebnis bis auf die erste Stelle hinter dem Komma richtig zu treffen, ist ein Glücksfall hoher Seltenheit. Aber man braucht mehr als Glück, um auch bei anderen Bundestagswahlen richtig zu liegen und nur geringfügig von den tatsächlichen Prozentanteilen abzuweichen. Wie beschaffen ist die „Zauberformel“, wie unser Prognosemodell in den deutschen Medien belustigend bezeichnet wurde, die das bewerkstelligen kann? Insbesondere, welche Rolle spielt darin die seit Jahren vom Politbarometer gelieferte Angabe zur Kanzlerfrage? Kommen wir zunächst auf den Kanzler zu sprechen.

## 1. Die Kanzlerfrage

„Auf den Kanzler kommt es an!“ So verlautete die CDU im Wahlkampf 1969. Aber dieser Wahlslogan, wie wir meinen, trifft auf Bundestagswahlen von Anfang an zu. Im politischen System der Bundesrepublik steht kein anderer so prominent im Licht der Öffentlichkeit wie der Bundeskanzler. Zugegeben, der deutsche Wähler kann auf dem Stimmzettel kein Kreuzchen neben Kanzlerkandidaten setzen (wie ja auch Wähler in den USA nicht direkt für Präsidenten stimmen können). Aber das schließt die Möglichkeit nicht aus, dass Einschätzungen dieser Kandidaten die Hand des Wählers lenken mögen. Die deutsche Wahlforschung ist zunehmend bemüht, den Einfluss der Kanzlerkandidaten auf die Wahlentscheidung nachzuweisen (Klingemann/Taylor 1977; Norpoth 1977; Roth 1990; Kaase 1994; Lass 1995; Norpoth/Roth 1996; Gabriel/Vetter 1998; Klein/Ohr 2000; Brettschneider 2000, 2001; Pappi/Shikano 2001, 2003). Dabei wird gestritten, ob sich ein Trend zur Personalisierung der deutschen Politik abzeichnet, inwieweit rein persönliche Merkmale der Kandidatenbewertung an Gewicht gewinnen, und ob sie gar regionalen Schwankungen unterworfen ist. Das Kernproblem der Studien zur Bedeutung von Spitzenkandidaten besteht darin, ob und wie verlässlich man Kandidateneinschätzungen von Parteibindungen und thematischen Einstellungen (issues) trennen kann. Wie Prognosen über die Zukunft sind auch Analysen der Vergangenheit ein schwieriges Geschäft. An dieser Stelle gilt unser Augenmerk jedoch in erster Linie den Schwierigkeiten der Prognose.

Wer danach strebt, den Wahlausgang mit Hilfe von Entscheidungsfaktoren vorherzusagen, muss äußerst sparsam zu Werk gehen. Es wäre unsinnig, ein Prognosemodell aufzustellen, das etwa so viele Faktoren einschließt, wie es Wahlen gibt. Stattdessen kommt es darauf an, Faktoren mit maximaler Reichweite ausfindig zu machen. Theoretische Reinheit ist dabei ein Luxus. Was die kurzfristigen Einflüsse bei einer Bundestagswahl anbelangt, so gibt es aus unserer Sicht keinen besseren Indikator als die Kanzlerfrage. Die Präferenz für einen bestimmten Kanzlerkandidaten erleichtert die Informationsverarbeitung im Wahlkampf (Popkin 1991) und kann den individuellen Entscheidungsprozess bis zum Wahltag erheblich vereinfachen. Sie zeigt nicht nur an, wie die beiden einem persönlich zusagen (Sieht gut aus, toller Redner, hat Stil, sympathisch etc.), sondern auch, mit wem man politisch mehr übereinstimmt, und wie zufrieden man mit der Amtsführung des Bundeskanzlers und den Regierungsleistungen ist. Dabei ist sicherlich denkbar, dass bei einem Wähler das eine mehr wiegt als das andere. Aber die Entscheidung für einen der beiden Kanzlerkandidaten bündelt letztlich viel von dem, was die Wähler kurzfristig bei einer Wahl bewegt.

So weit wie möglich, also seit der Bundestagswahl 1972, stützen wir uns bei der Kanzlerpräferenz auf die klassische Frage der Forschungsgruppe Wahlen nach dem gewünschten Bundeskanzler:

„Wen hätten Sie lieber als Bundeskanzler, [Name des Amtsinhabers] oder [Name des Kandidaten der Opposition]?“

Für die Wahlen der 60er Jahre haben wir ein entsprechendes Instrument aus den deutschen Wahlstudien konstruiert. Bei den Wahlen der 50er Jahre—und wegen der besonderen Umstände der Wahl 1983—waren wir gezwungen, auf die Frage nach der Zustimmung zum amtierenden Bundeskanzler zurückzugreifen („Sind Sie mit der Politik von Kanzler [Name] einverstanden?“).<sup>1</sup> Damit ergibt sich eine durchgehende Zeitreihe der Kanzlerpräferenz bei Bundestagswahlen von 1953 bis 2002. Der jeweilige Wert gibt dabei den Prozentanteil derer an, die den amtierenden Bundeskanzler favorisieren (unter Ausschluss der Unentschlossenen). Um Zufallsschwankungen zu glätten, bilden wir bei jeder Wahl den jeweiligen Mittelwert in den Erhebungen ein bis zwei Monate vor dem Wahltag. Welchen Prognosewert hat diese Kanzlerunterstützung für den Ausgang von Bundestagswahlen, genauer gesagt, den Stimmenanteil der Regierungsparteien?

## 2. Der Kanzlerbonus

Bei allem Bestreben um Einfachheit, geht es uns nicht darum, Wahlen mit einem einzigen Faktor zu prognostizieren. Auch wenn es, kurzfristig gesehen, auf den Kanzler ankommt, so ist ebenso eindeutig, dass dieser Einfluss längerfristigen Zwängen unterworfen ist. Zum Glück ist sich die Wahlforschung über die Natur dieses langfristigen Zwanges einigermaßen einig. Nennen wir ihn Parteibindung oder, in Anlehnung an die Michigan-Schule Partei-Identifikation (Campbell et al. 1960). Es ist bekannt und kaum umstritten, dass die Karten nicht bei jeder Wahl völlig neu gemischt werden. Wähler entwickeln langfristige Bindungen zu den Parteien, die sich über die kurzfristigen Schwankungen von Wahl zu Wahl behaupten. Nicht alle Wähler tun das, oder in gleichem Maße. Der Anteil der bekennenden Parteianhänger mag rückläufig sein. Dennoch liefert die Verteilung der Parteibindungen im Aggregat eine langfristige Ausgangsbasis („normal vote“) für eine jeweilige Wahl.

Im Vergleich mit dieser langfristigen Basis kann man ermitteln, wie groß oder klein der Vorteil ist, den ein jeweiliger Bundeskanzler für seine Regierungsparteien bei einer Wahl kurzfristig einbringt. Nennen wir dies neutral das „Kanzlerdifferential“:

Kanzlerdifferential = Kanzlerunterstützung – Langfristige Parteiunterstützung (Reg.- parteien)

1 Zur Konstruktion dieser Variable für die Wahlen 1961 bis 1976 siehe Norpoth (1977, Fußnote 34). Da im gesamten Zeitraum der Anteil der Unentschlossenen/Meinungslosen stark variiert, haben wir die Kanzlerunterstützung unter Ausschluss dieser Befragten prozentuiert. Das lässt alle amtierenden Kanzler populärer erscheinen, als sie es in Wirklichkeit waren. Da dieser Effekt allen hilft, verzerrt er weder die Analyse noch die Prognose.

Um den langfristigen Anteil der Regierungsparteien bei Bundestagswahlen von 1953 bis 2002 zu ermitteln, greifen wir statt auf Umfragen auf tatsächliche Wahlergebnisse zurück. Dabei lassen wir uns von der Annahme leiten, dass die langfristige Verteilung der Parteibindungen sich über kurz oder lang im Schnitt der Ergebnisse manifestiert. Normal ist, was durchschnittlich erwartet werden kann. Somit definieren wir die normale Unterstützung der Regierungsparteien als das, was sie im Schnitt erhalten (in den letzten drei Wahlen).<sup>2</sup> Ein entscheidender Vorteil dieser Messung langfristiger Parteistärke ist, dass sie *per definitionem* nicht beeinflussbar ist vom kurzfristigen Faktor, der Kanzlerunterstützung. In unserem Modell sind die Einflüsse von Kanzler und Partei daher klar zu trennen.

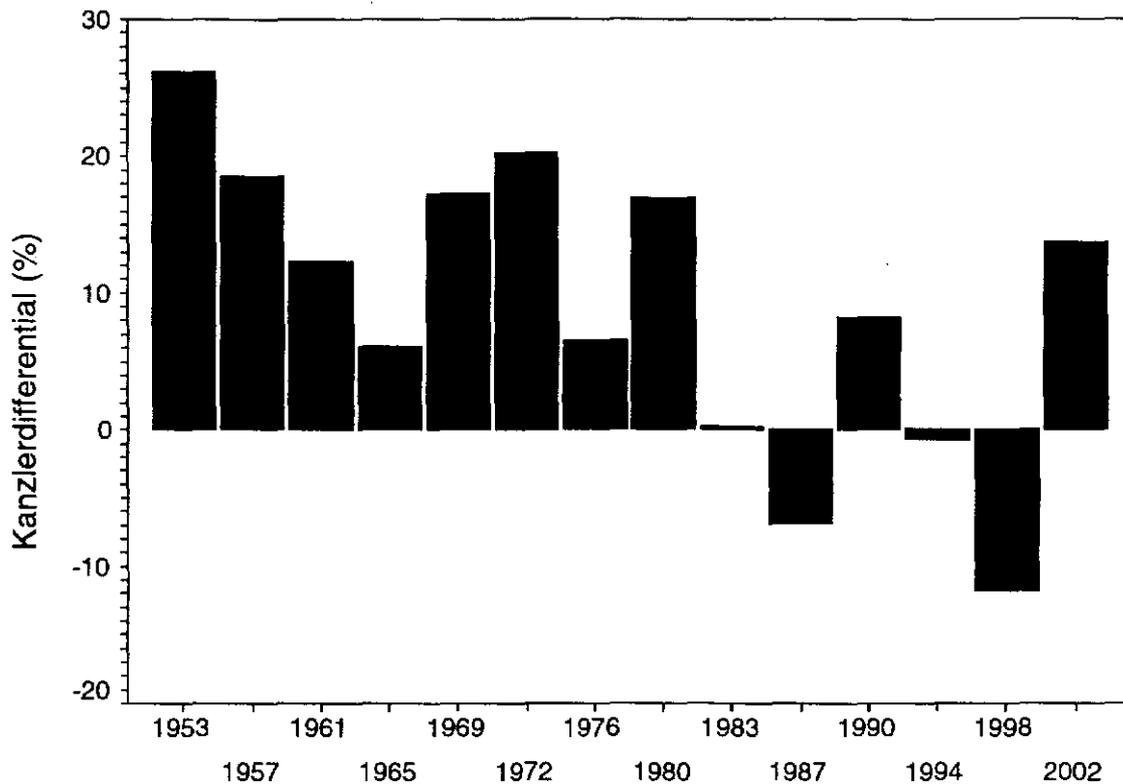
Abbildung 1 verfolgt den Abstand zwischen Kanzlerunterstützung und langfristiger Parteiunterstützung (Regierungsparteien insgesamt) von Wahl zu Wahl seit 1953. Es ist klar zu sehen, dass dieser Abstand in der Regel massiv ausfällt. Kanzlerbewertungen unterscheiden sich sehr deutlich von vorgegebenen Parteibindungen. Es wird kaum jemanden überraschen, dass der amtierende Kanzler in der Regel davon profitiert. Er genießt den bekannten „Kanzlerbonus.“ Allerdings macht Abbildung 1 auch klar, dass es sich hier nicht um ein Gesetz handelt. Die Stärke des Bonus variiert beträchtlich.<sup>3</sup> Und seit 1980 häufen sich die Fälle, wo der Kanzlerbonus gänzlich ausbleibt oder sogar in einen „Kanzlermalus“ umschlägt. Bundeskanzler Kohl, so scheint es, genoss nur selten einen solchen Bonus. Zu einer solchen Schlussfolgerung kommen auch Analysen, die ausschließlich auf Umfrageergebnissen beruhen (Roth 1990). Unsere Analyse zeigt klar, dass Kohl bei zwei Wahlen deutlich im Minus (1987 und 1998) war. So gesehen, kann der Kanzlerbonus weniger als Privileg des Amtes gelten denn als ein Ausdruck der Zufriedenheit mit dem jeweiligen Inhaber relativ zur Stärke der langfristigen Parteiunterstützung der Regierungsparteien insgesamt. Diesen Zuspruch zu gewinnen, war wohl einfacher in den Jahren des Wirtschaftswunders und stabiler Weltpolitik als danach.

---

2 Für Bundestagswahlen ohne drei Vorgänger (1953 und 1957) benutzen wir nur die unmittelbar zurückliegende Wahl. Die Wahl 1949 geht nicht in die Analyse ein; ohnehin liegen keine Angaben zur Kanzlerunterstützung vor.

3 Unsere Analyse setzt für die Bundestagswahl 1983 die SPD als Regierungspartei und Helmut Schmidt als den Bundeskanzler ein (mit seiner Kanzlerunterstützung vor der Ablösung im Herbst 1982). Wir betrachten die Wahl 1983 als eine nachvollzogene Abrechnung der deutschen Wählerschaft mit der sozial-liberalen Regierung, genauer gesagt mit dem Teil, der nach dem Auszug der FDP noch blieb. Eine weitere Sonderregelung haben wir für die Bundestagswahl 1969 getroffen. Da trotz Großer Koalition CDU/CSU und SPD in der Kanzlerfrage miteinander konkurrierten, haben wir nur die CDU/CSU als Regierungspartei eingesetzt.

Abbildung 1: Das Kanzlerdifferential 1953 – 2002



### 3. Der Wahlausgang

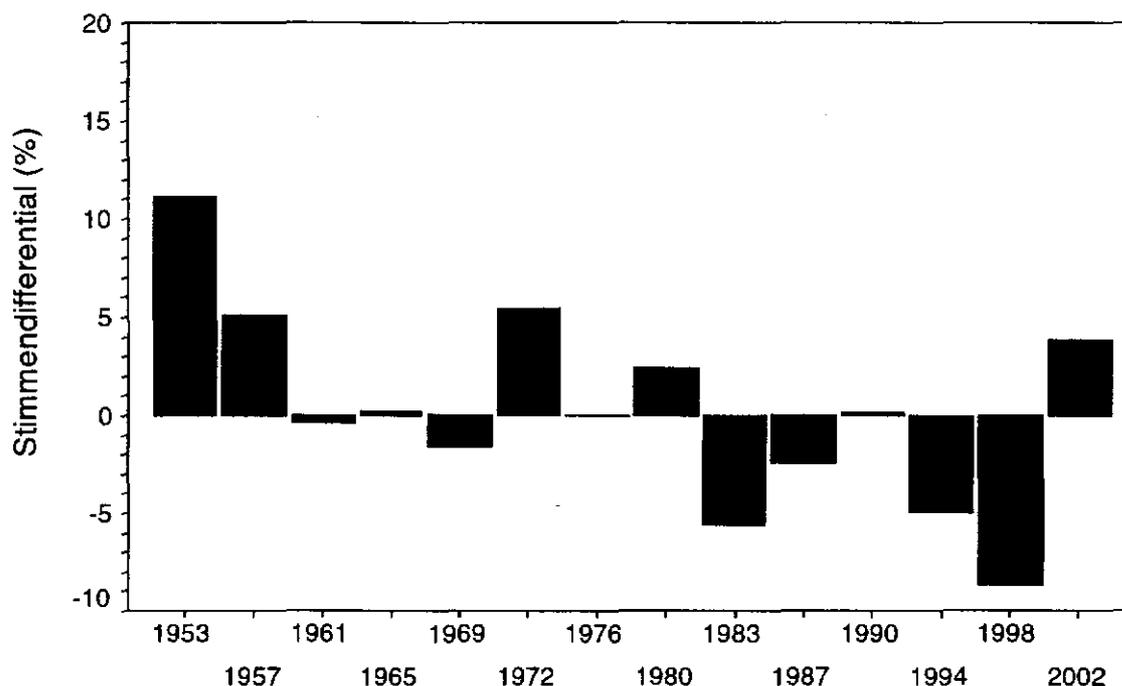
Dass ein amtierender Bundeskanzler vom Wähler mehr geliebt (oder gehasst) wird als die Parteien in seiner Regierung, mag ihn und die Parteien persönlich berühren, aber es besagt allein noch nichts über den Ausgang einer Bundestagswahl. Es gilt, den Nachweis zu erbringen, dass die Kanzlereinschätzung jenseits von Parteiunterstützung dem Regierungslager Stimmen einbringt (oder bei negativem Kanzlerdifferential entzieht). Sehen wir uns da zunächst einmal an, inwieweit der Ausgang der Bundestagswahlen vom jeweiligen Normalwahl-Standard abweicht. In Anlehnung an das Kanzlerdifferential haben wir das „Stimmendifferential“ der Regierungsparteien wie folgt definiert:

Stimmendifferential = Stimmenanteil – Langfristige Parteiunterstützung (Regierungsparteien)

Abbildung 2 macht sofort klar, dass es sich bei dieser Vergleichsgröße in der Regel nicht um einen Bonus handelt. Wenn es um die Wahlentscheidung geht, können die Regierungsparteien im Vergleich zur langfristigen Unterstützung nicht mehr mit einem Vorteil rechnen. Je nach den Umständen, so scheint es, gelingt es den Parteien im Amt, mehr oder weniger an Stimmen zu erringen, als es aufgrund der Normalwahl zu erwarten gewesen wäre. Auf die Dauer sieht das nach Plus Minus Null aus. Ein ausgleichender Gott scheint

über den Ausgang von Bundestagswahlen zu walten. Heißt das also, dass der Kanzlerbonus bei der Wahl nicht zieht? Kommt es also doch nicht, entgegen dem bekannten Slogan, auf den Kanzler an?

Abbildung 2: Das Stimmendifferential 1953 – 2002  
(Regierungsparteien)

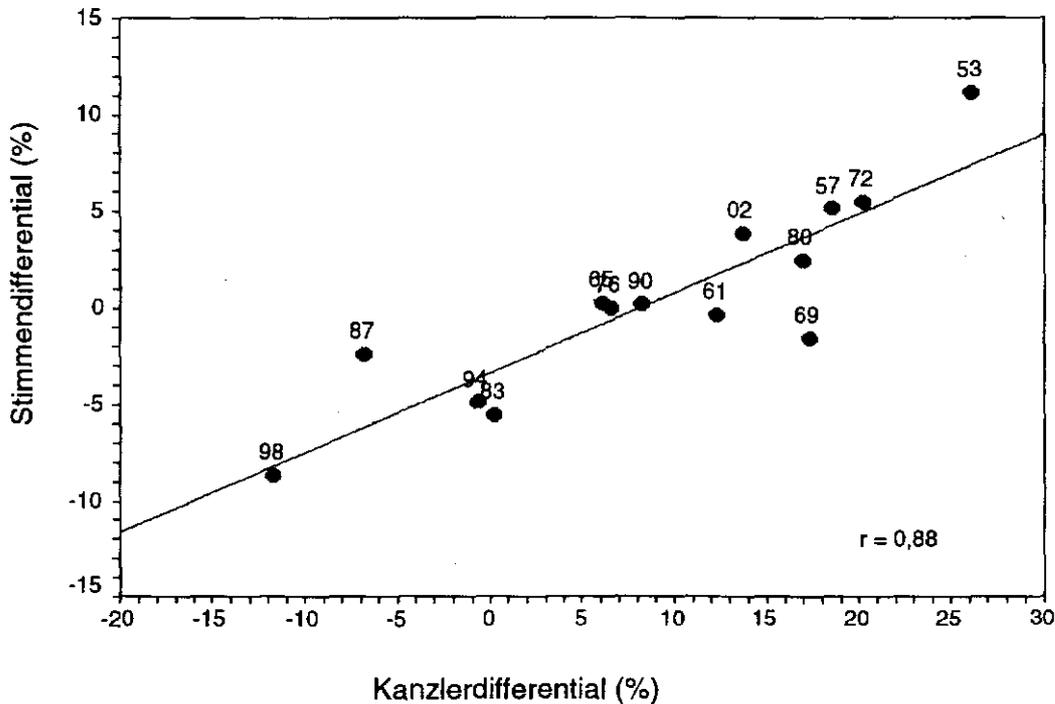


Um diese Frage zu entscheiden, ist es irreführend, die absolute Größe von Kanzlerdifferential und Stimmendifferential zu vergleichen. Man muss die Größen relativ zueinander betrachten. Dabei ergibt sich folgender Eindruck: Bei Wahlen mit großem Kanzlerbonus (1953, 1972, 1980 und 2002) erfreuen sich die Regierungsparteien auch eines nennenswerten Stimmenbonus. Wo der Kanzlerbonus nur bescheiden ausfällt (1965, 1976, 1983 und 1994), da schmilzt der Stimmenbonus zusammen. Und wo das Kanzlerdifferential negativ ausfällt (1987 und 1998), da ereilt die Regierungsparteien das gleiche Schicksal. Dieser Zusammenhang lässt darauf schließen, dass die Kanzlereinschätzung sich auf den Wahlausgang auswirkt, wenn auch nicht notwendigerweise im Verhältnis von 1:1. Entscheidend ist aber, dass es überhaupt dazu kommt.

Abbildung 3 stellt den Zusammenhang zwischen Kanzlerdifferential und Stimmendifferential dar. Wie man sehen kann, liegen alle Bundestagswahlen sehr nahe an der Regressionsgeraden. Je größer das Kanzlerdifferential, desto größer das Stimmendifferential der Regierungsparteien. Die Korrelation zwischen beiden Größen ist äußerst hoch ( $r = 0,88$ ). Die Kanzlerunterstützung wirkt sich demnach auf den Wahlausgang aus. Es sei noch einmal betont, dass unser Nachweis nicht durch den Drittfaktor der langfristigen Parteiunterstützung erklärt werden kann. Dessen unbestreitbaren Einfluss sowohl auf

Kanzlerbewertungen als auch den Stimmenanteil der Regierungsparteien am Wahntag haben wir streng kontrolliert. Der Steigungswert der Regressionsgeraden in Abbildung 3 führt zu folgender Erwartung: ein Prozent mehr Kanzlerunterstützung bringt den Parteien im Amt etwa 0,4 Prozent mehr an Stimmen. Kommt es bei Bundestagswahlen auf den Kanzler an? Aber sicher!

Abbildung 3: Stimmen- und Kanzlerdifferential



Kommt es heutzutage stärker auf den Kanzler an als früher? Man möchte so meinen angesichts des viel beschworenen Verschwindens der Stammwähler sowie der dramatisch zunehmenden Personalisierung des Wahlkampfes. Unsere Analyse liefert jedoch keinen Beleg für einen wachsenden Einfluss der Kanzlerkandidaten auf den Wahlausgang, zumindest was den gesamten Zeitraum seit Gründung der Bundesrepublik betrifft. Bundeskanzler genießen heutzutage keinen höheren Zuspruch als in der Vergangenheit. Wenn sich überhaupt ein Trend abzeichnet, dann geht er in die andere Richtung. Die Wahl mit dem höchsten Kanzlerbonus war die von 1953. Die Tendenz für den Kanzlerbonus schwindet. Selbst absolut betrachtet scheint der Abstand zwischen Kanzlereinschätzung (ob positiv oder negativ) und Parteiunterstützung heute eher geringer zu sein als gestern. In diesem Sinn stimmen unsere Ergebnisse ein in den Chor neuerer Studien, die den angeblichen Trend des Einflusses von Personalisierung auf das Wahlverhalten kritisch sehen (Brettschneider 2000, 2001; Kaase 1994). Allerdings bestätigt unsere Analyse auch den Befund, dass bei der Wahl 2002 Schröder einen beträchtlichen Vorsprung gegenüber den Parteien in seiner Regierung genoss (Pappi/Shikano 2003). Zumindest seit 1980 war er der erste Bundeskanzler mit einem beeindruckenden Kanzlerbonus.

Die entscheidende Frage ist natürlich, ob die Kanzlereinschätzung heute mehr Gewicht in der Waagschale der Wahlentscheidung hat als gestern. Was eine stetige Entwicklung im Zeitraum der letzten 50 Jahre betrifft, kann unsere Analyse keinen Beleg dafür liefern. Allerdings auch nicht für das Gegenteil. Abbildung 3 deutet eher auf ein trendloses Hin und Her. Die Funktion, die den jeweiligen Grad der Kanzlerpopularität in Wählerstimmen überführt, hat sich seit 1953 nicht sichtbar verschoben. Das mag schwer zu fassen sein. Wo alle Wandel erwarten, treffen wir auf Stabilität. Dies einsichtig zu machen, ist eine Aufgabe für ein weiteres Projekt. Stattdessen wollen wir im verbleibenden Abschnitt auf die „Zauberformel“ eingehen, in der die Kanzlerfrage so prominent fungiert.

#### 4. Die Zauberformel

Unser Prognosemodell für Bundestagswahlen berücksichtigt neben kurzfristigen Faktoren (abgedeckt durch die Kanzlerunterstützung) und langfristigen Faktoren (abgedeckt durch die Parteienstärke bei den letzten drei Wahlen), auch einen mittelfristigen Faktor dynamischer Natur. Er beruht auf der These, dass Regieren Stimmen kostet („the cost of ruling“). Dafür gibt es international genügend Beweismaterial, unabhängig von Regierungssystem, Wahlsystem, Parteienstruktur etc. (Paldam 1991). In der Weimarer Republik ist der rasche Verschleiß von Koalitionsregierungen laut beklagt worden (Kaack 1971: 124-128). Wenn auch weniger zerstörerisch, nagt dieser Verschleiß auch an den Regierungen in der Bundesrepublik. Die abnehmende Tendenz bei Kanzlerdifferential und Stimmendifferential, die in Abbildungen 1 und 2 zu beobachten waren, unterstreicht diese Dynamik. Daraus haben wir die Regel abgeleitet: je länger eine Regierung im Amt ist, desto mehr Stimmenanteile verliert sie bei einer Wahl. Wir messen diesen Prognosefaktor mit der Anzahl der Wahlperioden, die eine Regierung (oder die größte Regierungspartei bei Koalitionswandel) hinter sich hat. Dieser Faktor korreliert stark negativ ( $r = -0,62$ ) mit dem Stimmenanteil der Regierungsparteien (Gschwend/Norpoth 2000, 2001).

Mit Hilfe einer Regressionsanalyse haben wir ermittelt, dass die Faktoren Parteiunterstützung, Kanzlerunterstützung, und Amtsperiode den Stimmenanteil der Regierungsparteien bei den Bundestagswahlen 1953-1998 wie folgt bestimmen:

$$\text{STIM} = -6,55 + 0,76*(\text{PAR}) + 0,39*(\text{KAN}) - 1,50*(\text{AMT})$$

STIM: Stimmenanteil der Regierungsparteien bei einer Bundestagswahl

PAR: Langfristige Parteiunterstützung (Mittel der Stimmenanteile der Regierungsparteien bei den letzten drei Bundestagswahlen)

KAN: Kanzlerunterstützung (unter Ausschluss von Unentschlossenen)

AMT: Amtsperiode der Regierung

Mit dieser Formel sind wir in der Lage, die Ergebnisse der Bundestagswahlen von 1953 bis 1998 mit 94-prozentiger Genauigkeit zu bestimmen ( $\text{Adj. } R^2 = 0,936$ ). Ängstliche Seelen werden jedoch sagen: nur 13 Fälle! Und nur 3 Erklärungsvariablen! Wie klug ist es, sich auf die Kanzlerfrage als alleinigen kurzfristigen Faktor zu verlassen? Und kann man nicht genauso gut Wahlen mit dem „Busenbarometer“ vorhersagen, wie es der Psychologe Andreas Hejz aus München getan hat (Berliner Kurier, 17.7.2002), oder mit dem bekannten „Mierscheid Gesetz“ der Stahlproduktion (Sperling/Wollner 1998)? Wir glauben nicht. Um uns gegen die Möglichkeit von Scheinkorrelationen zu schützen, haben wir unser Modell folgendem Test unterworfen: für jede Bundestagswahl wurden die Parameter der Formel unter Ausschluss der betreffenden Wahl neu geschätzt, dann wurde mit Hilfe der so gewonnenen Schätzwerte das Ergebnis der jeweiligen Wahl prognostiziert. Wir haben also bei jedem dieser Tests so getan, *als ob* die betreffende Wahl noch nicht stattgefunden hätte und wir eine Prognose über die Zukunft zu machen hätten. Eine bekanntlich sehr schwierige Aufgabe.

Abbildung 4: Prognosen und Wahlen

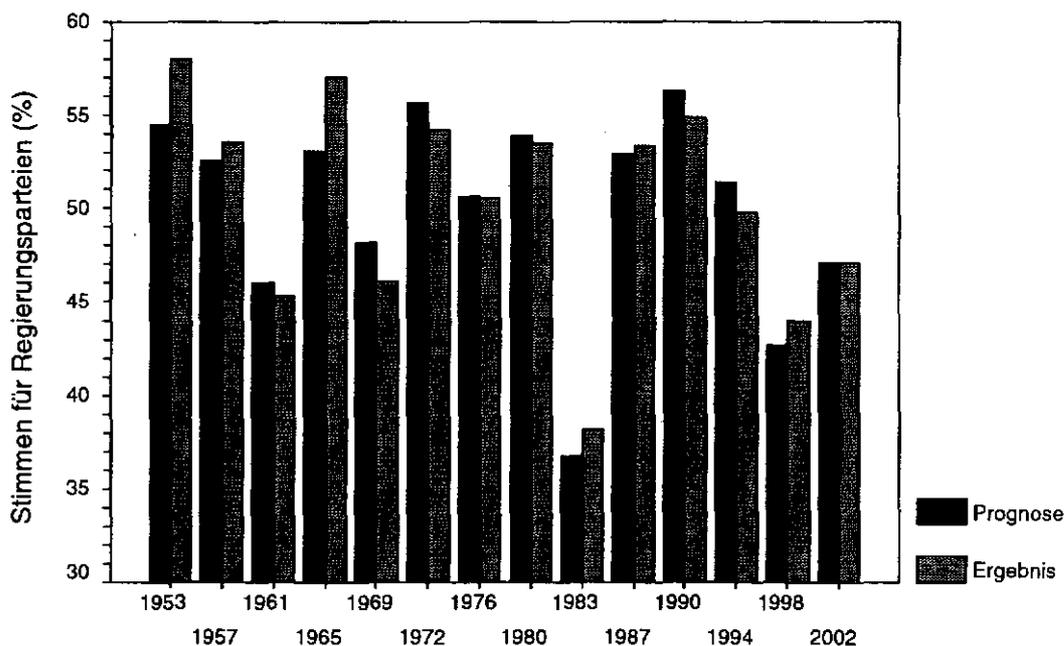


Abbildung 4 stellt diese „als-ob“ Prognosen den Ergebnissen der Bundestagswahlen gegenüber, zusammen mit der Prognose, die wir in der Tat vor dem Wahltag geliefert haben (2002). Bis auf die Wahlen 1953 und 1965 weichen diese „Prognosen“ selten um mehr als 1 Prozent von den jeweiligen Ergebnissen ab. Und sie tippen alle auf den richtigen Gewinner. Bis 2002 war es die äußerst knappe Wahl 1976, wo unsere Modellprognose am genauesten traf. Sie verpasste den Anteil der sozialliberalen Koalition (50.5%) nur um einen Zehntel Prozentpunkt. Da ist natürlich auch ein bisschen Glück im Spiel. Aber dass wir im Schnitt nur um 1,5 Prozent daneben liegen, geht auf das Konto eines verlässlichen Modells.

## 5. Die Wahlprognose 2002

Mit der Zauberformel in der Hand benötigten wir drei Angaben vor der Wahl 2002, um eine Prognose über ihren Ausgang zu machen. Da tat sich allerdings ein Hindernis auf, das wir zunächst aus dem Weg räumen mussten. Es war natürlich unsere Absicht, eine Prognose für Deutschland insgesamt zu erstellen, aber unser Prognosemodell bezog sich nur auf die alte Bundesrepublik. Wir bedauern, dass wir die neuen Bundesländer nicht miteinbeziehen konnten. Um den Rahmen der Analyse konstant zu halten, waren wir gezwungen, in der Zeit seit 1990 nur die alten Länder zu berücksichtigen. Der Versuch, die Neuen Länder separat zu behandeln, verbot sich wegen der unzureichenden Anzahl von Wahlen ( $N = 3$ ). So gesehen hätten wir für 2002 eigentlich nur eine Prognose für die alten Länder erstellen dürfen. Aber wen hätte das interessiert? Wir haben uns also entschlossen, unser in der (alten) Bundesrepublik erprobtes Modell mit Angaben aus dem vereinigten Deutschland für die Wahl 2002 zu füttern. Wie riskant war das? Laufen die Wahlurnen im Osten gänzlich anders als im Westen? Wir glauben nicht. Wäre der Anteil der Wähler in Ostdeutschland größer als 1/5 des deutschen Elektors, könnten wir uns diese Zuversicht wohl nicht leisten.

Von den drei Prognosefaktoren waren zwei schon lange vor der Wahl 2002 bekannt, zumindest solange es fest stand, dass das rot-grüne Bündnis zur Wiederwahl antrat. Der eine war die langfristige Parteiunterstützung von SPD und Grünen, die sich aus dem Schnitt der Ergebnisse der letzten drei Wahlen ergab (43,3 Prozent). Der andere war die Zahl der Amtsperioden, die diese beiden Parteien hinter sich hatten (1). Nur die Angabe zur Kanzlerunterstützung war erst kurz vor der Wahl gegeben. Gemäss der Regel bei der Konstruktion unseres Prognosemodells benötigten wir das Mittel der Kanzlerpräferenzen im Politbarometer zwei Monate und ein Monat vor dem Wahltag:

Gewünschter Bundeskanzler	Politbarometer Juli 2002	Politbarometer August 2002
Schröder	48%	55%
Stoiber	41%	36%

Unter Ausschluss der Unentschlossenen ergab das eine Kanzlerunterstützung für Schröder in Höhe von 57 Prozent.<sup>4</sup> Somit waren alle Angaben zur Hand, die wir benötigten, um unserer Zauberformel die Prognose für die Wahl 2002 abzugewinnen:

$$\begin{aligned} \text{Rot-Grüne Prognose für 2002} &= -6,55 + 0,76*(43,3) + 0,39*(57) - 1,50*(1) \\ &= 47,1\% \end{aligned}$$

4 Mit ihren Messungen der Kanzlerpräferenz kamen die anderen vier Umfrageinstitute (Infratest dimap, EMNID, Forsa, und Allensbach) nach unserer Kalkulation auch im Schnitt auf 57 Prozent für Schröder in den Monaten Juli und August.

Diese Prognose, herausgegeben am 26. August, bestätigte unsere vorläufige von dpa verbreitete Vorhersage vom 23. Juni. Auch sie hatte den Regierungsparteien 47,1 Prozent prophezeit. Ein solcher Stimmenanteil würde zum Sieg über die Opposition von CDU/CSU und FDP reichen, solange alle sonstigen Parteien, einschließlich der PDS, zusammen mindestens 6 Prozent erhielten. Letzteres konnte als ziemlich sicher gelten. Unsere Prognose besagte allerdings nichts darüber, ob 47,1 Prozent zum Gewinn einer parlamentarischen Mehrheit reichen würde. Dazu hätte es eines weiteren Prognosemodells bedurft. Keine Zauberformel hier. Aber eins sagte unsere Prognose so deutlich einen Monat wie drei Monate vor der Wahl: Rot-Grün besiegt Schwarz-Gelb!

Die Aussicht auf Sieg verdankte das rot-grüne Bündnis nach unserem Modell in erster Linie dem Ansehen von Bundeskanzler Schröder. Wer als amtierender Kanzler eine Unterstützung von 57 Prozent oder mehr genießt, hat in der Geschichte der Bundesrepublik seine Regierung immer zum Sieg bei der Wahl geführt. Zudem kam, dass das rot-grüne Bündnis erst eine Amtsperiode hinter sich hatte. Noch keine Regierungskoalition in der Bundesrepublik ist nach nur einer Amtszeit abgewählt worden. Zu einem solchen Zeitpunkt ist die Geduld der Wählerschaft mit der Regierung noch nicht allzu strapaziert. Die Wechselstimmung („Zeit für den Wechsel“) hatte noch nicht Zulauf. Selbst in Umfragen, in denen Union und FDP in der Sonntagsfrage vorn lagen, konnte man oft beobachten, dass die Mehrheit der Befragten eine Fortführung der (rot-grünen) Regierung wünschte. Ein Paradoxon, das kaum Aufmerksamkeit erregte, geschweige denn zu Zweifeln an der weitverbreiteten Erwartung eines Sieges der Opposition führte.

Was die Aussichten des rot-grünen Bündnisses bei der Wahl 2002 verdüsterte, war nach unserem Modell die *langfristige* Parteiunterstützung. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist eine amtierende Regierung mit einer so schwachbrüstigen Parteiunterstützung (43,3 Prozent) zur Wahl angetreten wie SPD und Grüne 2002. Allein betrachtet, hätte das mit Sicherheit die Niederlage der Schröder-Regierung besiegelt. Dieser niedrige Normalwahlwert erklärt vielleicht, wie es kam, dass SPD und Grüne in der Sonntagsfrage lange zurücklagen und erst in Führung gingen, als der Wahlkampf auf volle Touren kam.

Aber, aber, werden da viele ungeduldig einwenden, gab es da nicht die Flut? Und den drohenden Krieg im Irak? Haben nicht diese Ereignisse plötzlich das rot-grüne Bündnis (und unsere Prognose) gerettet? So sah es sicherlich in der Sonntagsfrage aus, wo die Regierungsparteien auf einmal Überwasser bekamen. Waren jedoch diese „Überraschungen“ eine notwendige Bedingung für den rot-grünen Sieg? Wäre er ohne sie unmöglich gewesen? Wir glauben nicht. Jeder Versuch, den Ausgang von Wahlen allein auf Episoden solcher Art zurückzuführen, bleibt „episodisch“. Er verkennt zudem die Hauptfaktoren des Wählerverhaltens, die seit Jahrzehnten zum etabliertem Forschungswissen gehören. Der Einfluss dieser Faktoren hat sich bei der Wahl 2002 letztlich durchgesetzt, genau so wie es sich bei den bisherigen Wahlen immer abzeichnete.

Lange bevor die Flut und Deutschlands mögliche Beteiligung an einem Krieg gegen Saddam Hussein Schlagzeilen machten, genoss Bundeskanzler Schröder einen hohen und stetigen Vorsprung in der Kanzlerfrage. Das verdankte er Einschätzungen, über die sich die Wähler seit langem im Klaren waren. Der Wahlkampf gab ihm über kurz oder lang die Gelegenheit, seinen Kanzlerbonus in einen Stimmenvorteil für die Regierungsparteien umzusetzen. Solche Umsetzungen zu bewerkstelligen, ist die Sache von Wahlkämpfen. Dass einem überlegenen Kandidaten wie Schröder das bei der Wahl 2002 gelungen ist, finden wir nicht sonderlich erstaunlich. Weit mehr hätte uns erstaunt, wenn er das verfehlt hätte, ohne dabei seinen Kanzlerbonus einzubüßen.

## **6. Schlussbemerkungen**

Die Kanzlerfrage im Politbarometer hat ihre Prognosekraft bei der Bundestagswahl 2002 unter Beweis gestellt. Und das, wie es schien, unter äußerst widrigen Umständen. Das kurzfristig allein von der Kanzlerpräferenz getragene Prognosemodell sah den rot-grünen Sieg drei Monate vor dem Wahltag haargenau voraus. Glück? Sicherlich, was den Treffer ins Schwarze anbelangt. Aber nicht, was die Prognose eines rot-grünen Sieges 2002 im allgemeinen betrifft. Wie war es bei anderen Bundestagswahlen? Da 2002 die erste echte Probe war, können wir die Prognosegüte des Modells nur annähernd einschätzen. Erst die Bewährung in weiteren Bundestagswahlen kann das endgültig regeln. Theoretisch gesehen, wäre die Kanzlerfrage zusammen mit den beiden anderen Faktoren aber auch bei vergangenen Bundestagswahlen in der Lage gewesen, verlässliche Tipps zu liefern. Verlässlicher als Umfragen kurz vor der Wahl oder Hochrechnungen am Wahlabend? Sicherlich nicht, ganz abgesehen davon, dass unser Modell nur auf den Anteil der Regierungsparteien insgesamt abzielt. Was ist dann der Vorteil von Prognosen dieser Art? Das ist hauptsächlich eine Absicherung der fundamentalen Grundregeln der Wahlentscheidung: langfristig, Parteibindung, und kurzfristig, Kanzlerunterstützung.

Wir danken der Forschungsgruppe Wahlen für die kontinuierliche Ermittlung der Kanzlerfrage im Politbarometer und für die vorbildlicher Weise, wie sie ihre erhobenen Daten zusammen mit detaillierten Studienbeschreibungen beim Zentralarchiv in Köln hinterlegt. Die Forschungsgruppe Wahlen leistet damit einen großen Dienst für Sekundäranalysen der akademische Wahlforschung und erlaubt zudem die Nachprüfbarkeit ihrer publizierten Ergebnisse.

## Literatur

- Brettschneider, Frank: Kohls Niederlage? Schröders Sieg! Die Bedeutung von Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 1998. In: Pickel, Gert/Dieter Walz/Wolfram Brunner (Hrsg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems. Opladen: Leske + Budrich, 2000, S. 109-140.
- Brettschneider, Frank: Candidate-Voting. Die Bedeutung von Spitzenkandidaten für das Wählerverhalten in Deutschland, Großbritannien und den USA von 1960-1998. In: Klingemann, Hans-Dieter/Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001, S. 351-400.
- Campbell, Angus/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes: The American Voter. New York: John Wiley and Sons, 1960.
- Gabriel, Oscar W./Angelika Vetter: Bundestagswahlen als Kanzlerwahlen? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung im parteistaatlichen Parlamentarismus. In: Kaase, Max/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998, S. 505-536.
- Gschwend, Thomas/Helmut Norpoth: ‚Wenn am nächsten Sonntag ...‘: Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen. In: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001, S. 473-499.
- . Soll und Haben: Die deutsche Wählerschaft rechnet mit den Parteien ab. In: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2000, S. 389-409.
- Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1971.
- Kaase, Max: Is there personalization in politics? Candidates and Voting Behavior in Germany. In: International Political Science Review 15, 1994, S. 211-230.
- Klein, Markus/Dieter Ohr: Gerhard oder Helmut? ‚Unpolitische‘ Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. In: Politische Vierteljahresschrift 41, 2000, S. 199-224.
- Klingemann, Hans-Dieter/Charles Lewis Taylor: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues. In: Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, S. 301-347.
- Lass, Jürgen: Vorstellungsbilder über Kanzlerkandidaten. Zur Diskussion um die Personalisierung in der Politik. Wiesbaden: DUV, 1995.
- Neumeyer, Jochen: Zauberformel für Wahl: Forscher entwickeln Prognosemodell. In: dpa, 23. Juni, 2002.
- Norpoth, Helmut: Kanzlerkandidaten. In: Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, S. 551-572
- Norpoth, Helmut/Dieter Roth: Timid or Prudent? The German Electorate in 1994. In: Russell J. Dalton (Hrsg.): Germans Divided: The 1994 Bundestag Elections and the Evolution of the German Party System. Oxford: Berg, 1996, S. 209-232.
- Norpoth, Helmut/Thomas Gschwend: The Red-Green Victory: Against all Odds? In: German Politics and Society, 2003, S. 15-34.
- Pappi, Franz Urban/Susumu Shikano: Personalisierung der Politik in Mehrparteiensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980. In: Politische Vierteljahresschrift 42, 2001, S. 355-387.
- . Schröders knapper Sieg bei der Bundestagswahl 2002. In: Zeitschrift für Politik (2003), S. 15-34.
- Paldam, Martin: How Robust is the Vote Function? A Study of Seventeen Nations over Four Decades. In: Norpoth, Helmut/Michael S. Lewis-Beck/Jean Dominique Lafay

(Hrsg.): *Economics and Politics. The Calculus of Support*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 1991, S. 9-31.

Popkin, Samuel L.: *The Reasoning Voter: Communication and Persuasion in Presidential Campaigns*. Chicago: University of Chicago Press, 1991.

Roth, Dieter: *Der ungeliebte Kanzler – Helmut Kohl im Licht (oder Schatten?) demoskopischer Befunde*. In: Reinhard Appel (Hrsg.): *Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht*, Bonn: Bouvier Verlag, 1990, S. 285-299.

Sperling, Dietrich/Friedhelm Wollner: *Jakob Mierscheid: Aus dem Leben eines Abgeordneten*. Baden-Baden: Nomos, 1998